

Der Antrag der rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen auf Einrichtung einer Landtags-Enquete-Kommission „Auseinandersetzung mit Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Thüringen“ stand am 9. Dezember auf der Tagesordnung der Plenarsitzung. Die Enquete-Kommission soll Ursachen, Erscheinungsformen und Auswirkungen rassistischer Einstellungen sowie gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit analysieren. Zudem sollen Handlungsempfehlungen für zivilgesellschaftliche und institutionelle Konzepte zur Zurückdrängung solcher Einstellungen entwickelt werden.

Mit dem Antrag wird eine der gemeinsamen Empfehlungen des Thüringer NSU-Untersuchungsausschusses umgesetzt, denen zufolge eine Enquetekommission „Maßstäbe setzen und beispielsweise Vorschläge für die öffentliche Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entwickeln“ soll. Rot-Rot-Grün hatte diese Empfehlung im Koalitionsvertrag verankert, nun soll sie umgesetzt werden.

Die Linksfraction setzt große Erwartungen in die Arbeit der Kommission, auch weil hier erstmals im Konsens mit der CDU-Fraktion die Notwendigkeit einer solchen Aufarbeitung und Maßeentwicklung gesehen wird. Dies eröffnet auf Landesebene die Chance einer systematischen und strukturierten Auseinandersetzung mit dem Ziel von Veränderungen in Bereichen der Verwaltung und Behörden. In diesem Sinne wurde eine Fortsetzung der Plenarberatung des Antrags, dem sich die CDU-Fraktion noch anschließen kann, vereinbart.

Für die Linksfraction hatte in der Debatte Sabine Berninger, Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik, das Wort ergriffen. Im Folgenden daraus Auszüge:

Barbara John, Ombudsfrau für die Opfer und Opferangehörigen der so genannten Zwickauer Zelle, bedankte

„Das Problem heißt Rassismus“

sich am 8. März 2012 bei den Mitgliedern des Bundestagsuntersuchungsausschusses dafür, dass der Ausschuss zu Beginn seiner Arbeit den Blick auf die Angehörigen der Opfer richtete. Auf die Familien, die jahrelang nicht nur allein gelassen wurden, sondern „aus dem Kreis der



Anständigen ausgeschlossen worden sind, indem man sie selbst verdächtigt hat, die Taten in irgendeiner Weise mitverursacht zu haben.“

„Und unbegreiflich“, führen die Mitglieder der LINKEN im Minderheitenrat zum Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses fort, „dass Hinweisen, es könne sich um rassistisch motivierte Gewalttaten von rechts handeln, nur sehr oberflächlich oder gar nicht nachgegangen wurde“.

Und auch mit Blick auf aktuelle Geschehnisse muss man konstatieren, dass das sogenannte rechte Auge häufig noch Probleme hat, dass eindeutige Anzeichen einfach nicht gesehen werden. Wie zum Beispiel, als im Juni in Jena drei indische Studierende brutal zusammengeschlagen wurden und die ermittelnden Beamten zunächst keine rassistischen Mo-

tive erkennen konnten, trotz des Hitlergrußes, trotz der Aussage der Geschädigten, die Gewalttäter hätten ausländerfeindliche Parolen skandiert.

Oder erst in der vorigen Woche in Nordhausen, wo ein Brandsatz in Verbindung mit SS-Runen und Galgen-

zeichnungen versehenen Drohbriefen offenbar nicht dazu führte, dass die Polizei rassistische Motive sah.

Eine von ezra – der mobilen Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt – 2014 veröffentlichte Studie mit dem Titel „Die haben uns nicht

ernst genommen“ berichtet von dem Eindruck von mehr als der Hälfte der befragten Opfer, die Polizei sei nicht an der Aufklärung der politischen Motive der Täter interessiert. Viele fühlten sich mit Vorurteilen seitens der BeamtInnen konfrontiert.

Das Problem heißt Rassismus. Und die Enquetekommission muss versuchen, präventive Konzepte und Handlungsoptionen zu entwickeln, die dieses Problem eindämmen. Das ist der uns durch den Untersuchungsausschuss beschriebene Auftrag, die uns in Verantwortung gegenüber den Opfern des NSU und ihren Angehörigen obliegende Verpflichtung.

Das ist die vor uns liegende Aufgabe, und wir von der LINKEN sind sehr bereit, diese anzugehen. Und wir laden Sie, meine Damen und Herren der CDU, ein, diese Aufgabe gemeinsam zu stemmen. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Verkehrsinfrastruktur:

Die Bundesregierung plant eine unter staatlicher Regelung stehende privatrechtliche Infrastrukturgesellschaft für Sanierung und Neubau der Autobahnen. „Damit können private Kapitalgeber einbezogen und mit ihren Renditeforderungen aus öffentlichen Mitteln bedient werden“, warnte die Verkehrspolitiklerin der Linksfraction Dr. Gudrun Lukin.

Eigenheimförderung:

Die Initiative der Bundesbauministerin, Familien beim Eigenheimerwerb in Städten finanziell unterstützen zu wollen, sagte der Wohnungspolitikern der Fraktion DIE LINKE Ute Lukasch kritisch gesehen: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Mit dieser Förderung sind es Menschen im ländlichen Raum nicht mehr.“

Polizistenschutz:

Zur Ankündigung des Thüringer Innenministeriums, im Pilotversuch Bodycams (Körperkameras) einsetzen zu wollen, sagte der LINKE Innenpolitiker Steffen Dittes: „Der Schutz von Polizisten ist uns wichtig, dass man ihn aber durch Gesetzesverschärfungen und mehr Überwachung erreicht, daran gibt es berechtigte Zweifel.“

Der Einsatz von Bodycams in Thüringen wirft nicht nur datenschutzrechtliche Bedenken auf, es gibt auch keine Belege für die Wirksamkeit solcher Kameras Mittel zur Gefahrenabwehr. Im Gegenteil: eine europäische Studie weist sogar einen Anstieg von Übergriffen gegen Polizisten aus in Fällen, bei denen diese Kameras zum Einsatz kamen.“

www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/ ■

NACHRICHTEN

Für Projektarbeit

Die Alternative 54 Erfurt e.V. hat im Monat November an weitere zwölf Vereine Spenden in Höhe von 4.620 Euro ausgereicht. Wie Maria Funke informierte, „haben wir damit in diesem Jahr bereits 79.327 Euro für insgesamt 207 Projekte und Vorhaben von Thüringer Vereinen und Verbänden weitergegeben. Unsere Schwerpunkte liegen nach wie vor in der Unterstützung der Kinder- und Jugendarbeit, der Förderung von Initiativen im kulturellen und sportlichen Bereich sowie der nachhaltigen Begleitung sozialer Projekte“. So wurden z.B. der Aktionskreis für den Frieden e.V. Erfurt unterstützt – im Foto überreicht Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow den Spendenscheck an Ute Hinkeldein – oder die Selbsthilfegruppe der Taubblinden im Landesverband der Gehör-



losen für die dort stattfindende soziokulturelle Projektarbeit. „Wir werden im Monat Dezember weiter 9.000 Euro an Zuwendungen übergeben, so dass wir zum Jahresende als Alternative 54 Erfurt e.V. schon insgesamt über 1.150.000 Euro der sozialen, kulturellen und sportlichen Infrastruktur Thüringens zugeführt haben.“ ■

Informationsregister

Die Landesregierung hat jetzt das Zentrale Informationsregister Thüringens (ZIRT) freigeschaltet. Es ist eine Sammlung von im Internet dezentral veröffentlichten amtlichen Informationen. Thüringer Gesetze, Rechtsverordnungen, Verwaltungsvorschriften, Gutachten, Statistiken oder Geodaten können beispielsweise hierüber kostenlos und anonym abgerufen werden. Das Register ist über das Serviceportal der Landesregierung erreichbar unter www.thueringen.de.

„Das ZIRT nach dem bisherigen Informationsfreiheitsgesetz ist allerdings nur ein Startschuss, die Plattform muss weiter befüllt und auf Basis eines Thüringer Transparenzgesetzes zu einem echten Transparenzregister weiterentwickelt werden“, sagte MdL Steffen Dittes (LINKE). ■

TERMINE

Landtagssitzungen:

Die ersten Plenarsitzungen im neuen Jahr sind anberaumt vom 25. bis 27. Januar sowie vom 22. bis 24. Februar. Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraction melden (Tel. 0361 3772295).

Fachkonferenz:

„Streiten für offene, demokratische und soziale Hochschulen“ steht als Motto über der Fachkonferenz, zu der die Linksfraction am Donnerstag, den 20. Januar, 10 bis 13 Uhr, in den Landtag, Käte-Duncker-Saal (F 201), einlädt. Nähere Informationen im Internet unter:

www.die-linke-thl.de